

Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerkschaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

-- Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung --

DSTG: Diskussion um verwaltungsexterne Ausbildung
im Keim ersticken

➤ ✱ 📎 ✕

13. Bundesjugendtag wählt Markus Griebenow für
Markus Scholl an die Spitze

➤ ✱ 📎 ✕

Die große Steuerreform hat enorme Macken

➤ ✱ 📎 📧

Das Wichtigste auf einen Blick

→ DSTG: Diskussion um verwaltungs-externe Ausbildung im Keim ersticken

Wieder einmal wird an einem Eckpfeiler der Ausbildung in der Steuerverwaltung gerüttelt. Die DSTG hat Informationen, daß aus dem Bundesland Sachsen-Anhalt ein Antrag an den Bundesrat gestellt werden soll, die Ausbildung für den gehobenen Dienst verwaltungsextern zu organisieren. DSTG-Chef Dieter Ondracek hat vor solchen unverantwortlichen Planspielen gewarnt. Sie müßten im Keim erstickt werden, fordert Ondracek.



→ 13. Bundesjugendtag wählt Markus Griebenow für Markus Scholl

Die DSTG-Jugend hat einen Führungswechsel an der Spitze vollzogen. Der langjährige Vorsitzende Markus Scholl machte ebenso Platz wie die Kolleginnen Karin Otto und Elke Schwabl. Auch die neue Jugendleitung machte deutlich, daß die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter auf Planstellen in der Steuerverwaltung oberste Priorität hat.



→ Die große Steuerreform hat enorme Macken

Das Bundesfinanzministerium hat die „Petersberger Beschlüsse“ der Koalition von CDU/CSU und F.D.P. für eine große Steuerreform 1999 in einen Referentenentwurf umgesetzt. Die DSTG hat in einer ersten Stellungnahme moniert, daß die Arbeitsbelastung der Finanzämter nicht geringer wird.



Titelfoto

Der am 16. März in Heidelberg neugewählte Bundesjugendleiter Markus Griebenow mit seinen Stellvertretern Yvonne Delvo, Nicole Schüler, Silke Interthal und Holger Buczynski (v. r.), daneben die ausgeschiedenen Kolleginnen Karin Otto und Elke Schwabl sowie Kollege Markus Scholl.

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Dr. Paul Courth, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 90 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Wochen und Monaten haben wir gespürt, wie der soziale Friede unter Druck geraten ist. Die Kluft zwischen arm und reich wird tiefer. Auf der einen Seite fast fünf Millionen Arbeitslose, auf der anderen Seite die Spitzenverdiener in vielen Bereichen unserer Wirtschaft. Es fehlt ein Bindeglied zwischen beiden Polen, es fehlt der soziale Ausgleich, der den sozialen Frieden gewährleistet. Wenn Aktien hochschnellen, weil Arbeitsplätze abgebaut werden („shareholders value“), ist auch dies sozialer Sprengstoff.

Dabei gilt es, ein soziales Ärgernis zu beachten: die Ungleichmäßigkeit der Besteuerung. Auch dann ist der soziale Friede gefährdet, wenn die einen ehrlich und pünktlich ihre Steuern zahlen – insbesondere die Lohnsteuerzahler – und die anderen sich ihren steuerlichen Pflichten entziehen oder Steuerschlupflöcher konsequent ausschöpfen – und dies sind oft diejenigen mit komfortablen finanziellen Handlungsspielräumen.

Häufig wird verkannt, daß unsere Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft des Ellenbogens und des Manchesterkapitalismus ist. Fehlt das Attribut „sozial“, ist sie ohne Wurzel in unserem sozialen Rechtsstaat. Die Bischöfe haben es kürzlich auf den Punkt gebracht: „Der individuelle Eigennutz, ein entscheidendes Strukturelement der Marktwirtschaft kann verkommen zum zerstörerischen Egoismus. Die offenkundigsten Folgen sind Bestechung, Steuerhinterziehung oder der Mißbrauch von Subventionen und Sozialleistungen“, eine bedrängende Mahnung, der man nichts hinzuzufügen braucht.

Dieter Ondracek



An einem Eckpfeiler für den gehobenen Dienst wird gerüttelt

DSTG: Diskussion um verwaltungsexterne Ausbildung im Keim ersticken

Der DSTG-Chef Dieter Ondracek hat an die Finanzminister im Bund und in den Ländern appelliert, unbeirrt an der verwaltungsinternen Ausbildung im gehobenen Dienst der Steuerverwaltung festzuhalten. Anlaß für diesen Appell ist die erneute Diskussion um die verwaltungsinterne oder verwaltungsexterne Ausbildung der Steuerbeamten des gehobenen Dienstes. Das Land Sachsen-Anhalt bereitet sogar nach Informationen der Bundesleitung eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes vor. Danach soll die fachwissenschaftliche Ausbildung des gehobenen Dienstes an verwaltungsexternen Fachhochschulen ermöglicht werden.

Die Diskussion, so Dieter Ondracek, vernachlässige die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Steuerbeamten-Ausbildung als ein Element der Gleichmäßigkeit der Besteuerung über die Ländergrenzen hinweg. Nicht gesehen würden auch die Interessen der Steuerverwaltung, die auf eine sie zugeschnittene Ausbildung dringender denn je angewiesen sei.

Die Ausbildung der Steuerbeamten nehme im europäischen und auch im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung ein. Das Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz und die Ausbildungs- und Prüfungsordnung seien von vielen Ländern der Welt übernommen worden. „Die Ausbildung der Steuerbeamten – auch und insbesondere in ihrer verwaltungsinternen Organisationsform – ist zu einem Mar-

kenzeichen geworden“ so Dieter Ondracek an die Finanzminister im Bund und in den Ländern.

Ondracek hat die offenbar vorrangigen Ziele des Vorstoßes von Sachsen-Anhalt offengelegt: die Haushalte sollen von den Anwärterbe-

Sachsen-Anhalt will Haushalte von Anwärterbezügen entlasten

zügen entlastet, die Anwärter auf den Monatsscheck der Eltern oder auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz verwiesen werden.

Sechs zwingende Argumente – so Ondracek – sprechen gegen die verwaltungsexterne Ausbildung:

[1] Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz den Verfassungsauftrag erfüllt, die Steuerbeamten-Ausbildung bundeseinheitlich zu regeln (Artikel 108 Abs. 2 Satz 2 GG). Die Steuerbeamten-Ausbildung ist ein Stück unserer Finanzverfassung. Unsere Finanzverfassung begreift sie als ein bedeutsames Element zur Gewährleistung einer einheitlichen Besteuerungspraxis über die Ländergrenzen hinweg. In der Tat: eine gleichmäßige Besteuerungspraxis ist nur denkbar, wenn auch die Qualifikation der Rechtsanwender gleichwertig ist.

[2] Nur die verwaltungsinterne Ausbildung gewährleistet, daß diese verfassungsrechtlichen Vorgaben von den Ländern weiter erfüllt werden können. Ver-

waltungsexterne Fachhochschulen würden dem Kulturbereich zugeordnet -- einem Kernstück des Föderalismus. Sie würden in gleicher Weise für die Steuerbeamten, die steuerberatenden Berufe, die Wirtschaftsprüfer usw. geöffnet. Die politische Verantwortung sowie die Dienst- und Fachaufsicht durch die obersten Finanzbehörden würden in ihrem Kernbereich ausgehöhlt.

[3] Eine auf die Steuerverwaltung zugeschnittene Ausbildung wäre nicht gewährleistet. Die Aufgaben der Beschäftigten der Steuerverwaltung und der steuerberatenden Berufe unterscheiden sich essentiell. Dies muß sich auch in den Studieninhalten niederschlagen. Wer die Interessen seiner Mandanten vertritt, betrachtet das Steuerrecht aus einer anderen Perspektive als der Steuerbeamte, der die Besteuerungsgrundlage ermittelt und die Steuern festsetzt und erhebt.

[4] Unbestritten ist, daß die Steuerbeamten des gehobenen Dienstes auch bei einer verwaltungsexternen Organisation ihrer Ausbildung weiter im dualen System ausgebildet werden müssen. Das fachwissenschaftliche und berufspraktische Studium müssen weiter eine Einheit bilden und aufeinander abgestimmt werden.

Die Koordination von fachwissenschaftlicher und berufspraktischer Ausbildung würde bei einer verwaltungsexternen Organisation der fachwissenschaftlichen Ausbildung in einem überhaupt noch nicht abzusehenden Ausmaß erschwert, ja unmöglich.

[5] Noch schwieriger würde es für den Ausschuß „zur gleichmäßigen Durchführung der Ausbildung ...“ (Koordinierungsausschuß), seinen bedeutsamen Auftrag wahrzunehmen. Die Lehrpläne müßten mit den Kultusressorts abgestimmt werden.

[6] Die von der verwaltungsexternen Fachhochschulausbildung erhofften

Einspareffekte sind ein Hirngespinnst

„Einspareffekte“ würden nicht eintreten. Unumgänglich ist, daß sich an das verwaltungsexterne Fachhochschulstudium ein verwaltungsinterner Vorbereitungsdienst anschließt im Beamtenverhältnis auf Widerruf.

Im übrigen würden die Studierenden an den externen Fachhochschulen regelmäßig Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten.

All' dies macht deutlich, daß „Einspareffekte“ bei sorgfältiger und seriöser Vergleichsrechnung nicht erzielt werden können.

Ondracek an die Finanzminister: „Die Probleme der Steuerverwaltung fordern alle politischen Kräfte heraus, um sie zu bewältigen. Vorrangiger denn je ist die Konzentration auf die gewaltigen organisatorischen und personellen Probleme der Steuerverwaltung – auf die grundlegende Vereinfachung unseres Steuerrechts.“

Die Diskussion um die verwaltungsexterne Ausbildung ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv!!“.

Markus Griebenow folgt Markus Scholl

13. Bundesjugendtag wählt ein neues Team

Unter dem Motto „Steuer-Kraft, die Arbeit schafft“ führte die DSTG-Jugend ihren 13. Bundesjugendtag vom 16. bis 18. März 1997 in Heidelberg durch.

Weil der „langgediente“ Bundesjugendleiter Markus Scholl sowie Karin Otto und Elke Schwabl nicht mehr kandidierten, wählte der 13. Bundesjugendtag ein neues Team an seine Spitze. Mit überwältigenden Mehrheiten votierten die Delegierten für Markus Griebenow (BV Düsseldorf) als neuem Bundesjugendleiter und wählten zu Stellvertretern Silke Interthal (LV Hessen, Schatzmeisterin), Yvonne Delvo (BV Westfalen), Holger Buczynski (bfg) sowie Nicole Schüler (LV Thüringen).

Scholl forderte in seiner Begrüßungsrede Zukunftsperspektiven für die jungen Beschäftigten, bevor der Glaube an Politiker jeglicher Couleur endgültig verlorengehe. Durch Ausschöpfung der vorhandenen Steuerquellen könnte sich der Staat die notwendigen finanziellen Ressourcen – auch zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – verschaffen.

In seinem Grußwort rief der DSTG-Ehrenvorsitzende Hermann Fredersdorf dazu auf, junge Menschen für die Gewerkschaftsarbeit in der DSTG zu gewinnen, damit der hohe Organisationsgrad gesichert werde.

Podiumsdiskussion

Im öffentlichen Teil des Jugendtages veranstaltete die DSTG-Jugend im Anschluß an den Festvortrag des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hansgeorg Hau-

ser, der über Auswirkungen der Steuerreform referierte, eine Podiumsdiskussion zum Motto des Bundesjugendtages „Steuer-Kraft, die Arbeit schafft“. Unter der Leitung des ehemaligen Landesjugendleiters Baden-Württemberg, Norbert Kaluscha, diskutierten Hauser (CDU/CSU), Herbert Moser (SPD-Landtagsabgeordneter), Roland Kohn (F.D.P., MdB), Reinhard Büttighofer (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek Fragen im Zusammenhang mit der Steuerreform, der Aufgabenbewältigung durch Organisationsänderungen und zur Steuervereinfachung. Während die Politiker ihre bekannten Standpunkte vertraten, machte Ondracek deutlich, daß sich die Personalausstattung in der Finanzverwaltung an den stetig wachsenden Aufgaben zu orientieren habe. Maßstab sei nicht – wie in der täglichen Praxis zu spüren – die Verteilung des Mangels, sondern der an den Aufgabenzuwächsen ausgerichtete Personalbedarf.

Antragsberatung

Unter der souveränen Versammlungsleitung von Sabine Köhler (LV Niedersachsen) und Thomas Wagner (bfg) diskutierten und beschlossen die Delegierten – teilweise kontrovers, aber stets sachlich – über 150 Anträge zu den Schwerpunktthemen: Einstellung/Übernahme, Anerkennung der Berufsausbildung des mittleren Dienstes, Erhalt der Fachhochschulen, Ausbildungs- und Prüfungsordnung, Soziales, Öffentlichkeitsarbeit, Besoldung und Vergütung sowie Umweltschutz. Außerdem verabschiedete der 13. Bundesju-

gendtag zwei Entschließungen, die wir im Wortlaut abdrucken (s. u.).

Der neugewählte Bundesjugendleiter Griebenow dankte den aus der Bundesjugendleitung ausgeschiedenen Kolleginnen Karin Otto und Elke Schwabl sowie Kollegen Markus Scholl für die langjährige erfolgreiche Arbeit für die DSTG-Jugend und wünschte ihnen für die Zukunft persönlich alles Gute.

Sein Dank galt auch dem bisherigen Rechnungsprüfer Peter Holzbrecher für seine engagierte Tätigkeit. Zu neuen Rechnungsprüfern wählte der Bundesjugendtag Toni Kreckl (bfg) und Holger Busch (LV Rheinland-Pfalz).

Entschließung zur Jugendarbeitslosigkeit

Immer drastischere Steuerausfälle durch die von der Politik verursachten Vollzugsdefizite in der Finanzverwaltung schränken die Handlungsmöglichkeiten des Staates immer mehr ein. Die Politik ist dabei, die letzten Gestaltungsmöglichkeiten des Staates zu verspielen, weil ein Großteil der Staatsausgaben zur Schuldentilgung und für sonstige unvermeidbare und feststehende Ausgaben benötigt wird.

Gleichzeitig läßt die Politik zu, daß die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend zunimmt. Eine überproportional steigende Kriminalitätsrate (siehe Bundeskriminalstatistik 1995) ist eine der schwerwiegenden Folgen.

Die Jugend braucht Ausbildungsplätze, Berufschancen und Arbeitsplätze.

Steuerausfälle in Höhe von über 100 Milliarden DM bedingt durch fehlendes Per-

sonal bei der Einnahmeverwaltung des Staates sind insbesondere in dieser Situation nicht hinnehmbar.

Es müssen daher dringend Plan- und Haushaltsstellen für die Finanzverwaltung geschaffen werden. Weitere Defizite und damit verbundene Steuerungerechtigkeit kann sich unser Land nicht leisten!

Die DSTG-Jugend fordert daher die Politikerinnen und Politiker weiterhin auf, endlich ihren Beitrag zum Bündnis für Arbeit zu leisten.

Die DSTG-Jugend fordert die kurzfristige Schaffung neuer Plan- und Haushaltsstellen im Innen- und Außendienst der Finanzverwaltung, deutliche Erhöhung der Ausbildungs- und Einstellungszahlen – auch über „vertretbares Mehr“ an noch zu schaffenden Haushaltsstellen hinaus – und Übernahme aller Anwärter, die bereits mit der Ausbildung begonnen haben.

Entschließung Steuerreform

Das deutsche Steuerrecht ist ein Vorschiffendschungel in dem sich kein Mensch mehr auskennen kann. Systematiken sind kaum noch zu erkennen. Selbst Fachleute sind nicht mehr in der Lage, das Steuerrecht in allen Nuancen anzuwenden.

Über 90% der Steuererklärungen sind falsch. Ein Teil davon ist auf Unkenntnis zurückzuführen, ein großer Teil aber auch auf die keinem Trend unterliegende Sportart „Steuerhinterziehung“.

Wer gegenüber den Finanzbehörden über steuerlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht und dadurch Steuern verkürzt, begeht eine Steuerhinterziehung. Es ist von der Sache da-

bei unerheblich, ob jemand Millionen DM Einnahmen „vergißt“, Betriebsausgaben oder Werbungskosten fingiert, mehr Kilometer für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeit deklariert oder nicht geleistete Spenden erklärt.

Eine große Steuerreform ist zwingend geboten.

Eine große Steuerreform ist aber ein politischer Kraftakt und erfordert die Bündelung und das Zusammenwirken aller politischer und gesellschaftlicher Kräfte.

Eine große Steuerreform kann auf Einzelinteressen keine Rücksicht nehmen.

Die bloße betragsmäßige Kürzung von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen ohne deren gänzliche Abschaffung führt zu einer weiteren Komplizierung des Steuerrechts sowie zu weiteren Ausnahmetatbeständen und wird von der DSTG-Jugend deshalb strikt abgelehnt.

Die DSTG-Jugend fordert die Politikerinnen und Politiker sowie alle Interessenvertreter eindringlich auf, sich gemeinsam für eine wirksame und sinnvolle große Steuerreform einzusetzen.

Die DSTG-Jugend fordert im einzelnen:

- die Besteuerung ist ausschließlich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen abzustellen
- alle Einkunftsarten sind steuerlich gleich zu behandeln
- Besteuerungslücken sind zu schließen
- Steuervergünstigungen und Sonderregelungen sind abzuschaffen (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage) und im Rahmen einer politisch gewollten Strukturpolitik durch im Haushalt ausgewiesene direkte Zuschüsse zu ersetzen

- der Eingangssteuersatz ist deutlich zu reduzieren
- der Spitzensteuersatz ist im Rahmen des Möglichen ebenfalls spürbar zu senken
- der Einkommensteuertarif soll im Progressionsbereich weiterhin linear-progressiv verlaufen
- das Steuerrecht ist als Lenkungsinstrument für außersteuerliche Zwecke nicht mehr einzusetzen
- Steuerhinterziehung ist massiv zu bekämpfen, dazu ist das Personal in der Finanzverwaltung deutlich aufzustocken
- Steuerflucht ist zu unterbinden. Deutsche Staatsbürger müssen – unabhängig von ihrem Wohnsitz – unter Anrechnung der ausländischen Steuern im Inland Steuern bezahlen.

Rentenvorschläge sind ungerecht

Der stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende, Otto Regenspurger MdB, hat in seiner Eigenschaft als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden des Sozialverbandes Reichsbund, Hans Fiedler, Korrekturen bei den Vorschlägen der Rentensachverständigenkommission gefordert. Die vorgeschlagene Neuregelung der Renten wegen Erwerbsminderung könnte gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitnehmer bei der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt schnell sozialhilfebefürdig werden lassen. Rentenabschläge in Höhe von bis zu 18 Prozent bei Inanspruchnahme der Renten wegen Erwerbsminderung und der Altersrente wegen Schwerbehinderung ab dem 60. Lebensjahr seien nicht hinnehmbar.

Frauen in der DSTG geben neue Impulse

Teilzeit und Beurlaubung, der häusliche Arbeitsplatz und das Dienstrechtsreformgesetz bildeten den Schwerpunkt der 53. Sitzung der Bundesfrauenvertretung vom 13. bis 15. März 1997 in Wernigerode (Harz). Die Frauenvertretung und ihre Vorsitzende Helene Wildfeuer (Bezirksverband Nordbayern) wurden herzlich willkommen geheißen vom Vorsitzenden des DSTG-Landesverbandes Sachsen-Anhalt Günter Martini.

Die Teilnehmerinnen stimmten darin überein, wie wichtig der kontinuierliche Meinungsaustausch zwischen den Frauenvertreterinnen der DSTG ist. Bedeutsame berufspolitische Impulse werden so in die DSTG-Gremien hineingetragen.

Der Oberfinanzpräsident in Magdeburg, Dr. Jürgen Nolte, gab einen Überblick über den Aufbau der Steuerverwaltung in Sachsen-Anhalt und die Personalplanung.

Über die Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten berichtete die Gleichstellungsbeauftragte von Sachsen-Anhalt, Frau Blockwitz.

In Vertretung des Bundesvorsitzenden gab Bundesgeschäftsführer Paul Courth einen Bericht über die aktuelle DSTG-Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene. Die Steuerpolitik, die Organisationsveränderungen der Steuerverwaltung, die aktuelle Diskussion um die verwaltungsexterne Organisation der Steuerbeamten-Ausbildung im gehobenen Dienst bildeten Schwerpunkte seines Referats. Der stellvertretende Bundesgeschäftsführer, Rechtsanwalt Rafael Zender, gab einen Überblick über die Rechtsschutzarbeit in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle.

Dienstrechtsreform: Teilzeitarbeit muß freiwillig bleiben

Weil das Dienstrechtsreformgesetz, das am 1. Juli 1997 in Kraft tritt, den Ländern einen erheblichen Spielraum bei der Regelung der Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen und Beamte einräumt, pochen die DBB-Landesbünde schon jetzt auf Landesregelungen, in denen das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt wird.

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Senator Dieter Kattenbeck, hat die neuen Möglichkeiten zur Auswahl der freiwilligen Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, die das Reformgesetz bietet, begrüßt. Mit allem Nachdruck verurteilte er jedoch Bestrebungen, Nachwuchskräfte grundsätzlich nur als Teilzeitkräfte einzustellen. Diese Zwangsteilzeit zwingt jeden Berufsanfänger zum Zweitberuf. Wenn der junge teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger gezwungen sei, zur Existenzsicherung am Nachmittag als Taxifahrer zu arbeiten, wäre dies eine für beide Seiten mehr als unerfreuliche Situation. Kattenbeck würdigte in diesem Zusammenhang eine Presseerklärung des Staatssekretärs im bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Alfons Zeller, in der die Zwangsteilzeit als verfassungswidrig verurteilt wird. Für die bayerische Staatsregierung betonte Zeller: „Das ist mit uns nicht zu machen“.

In einem Gespräch am 19. Februar 1997 mit Vertretern der schleswig-holsteinischen Landesregierung hat auch der Vorsitzende des DBB-Landesbundes, Hagen Elger, bekräftigt, daß Teilzeitarbeit – auch als Einstieg in das Berufsleben – grundsätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen muß. Die DSTG fordert alle Länder auf, sich genauso zu entscheiden.

DSTG-Landesverband Hamburg stellte Weichen für 2000

Der Steuer-Gewerkschaftstag des DSTG-Landesverbandes Hamburg wählte am 27. Februar 1997 einen neuen Vorstand. Die Vorsitzende Helga Schulz und die stellvertretenden Vorsitzenden Gabriele Keßler, Michael Theilen und Gisela Bendfeldt wurden mit großer Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt, ebenso die Schriftführerin Eva-Maria Scharley und der Schatzmeister Bernd Dreyer. Der bisherige stellvertretende Schriftführer Michael Jürgens wurde zum Leiter der EDV, Norbert

Rygoll zum stellvertretenden Schriftführer, Horst Plohnke zum stellvertretenden Kassensführer und Brigitte Blech zur Leiterin der Geschäftsstelle gewählt. Den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Margrit Schröder, Dieter Kuhlmann und Joachim Harder dankte der Steuer-Gewerkschaftstag für ihre langjährige Tätigkeit im Dienste der Kollegenschaft.

Des weiteren wurden mehrere Entschließungen zur Steuergerechtigkeit und zur Steuerpolitik verabschiedet.

Der Hamburger Landesvorstand mit Dieter Ondracek

Krankheit ist Streitpunkt bei Tarifgespräch

Ein Spitzengespräch zwischen GGVöD und Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden ist am 27. Januar 1997 in Bonn ergebnislos zu Ende gegangen. Im Rahmen der Zusammenkunft sind die bekanntesten Standpunkte zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zur Senkung des Krankenstandes und über die Beschäftigungssicherung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ohne Annäherung ausgetauscht worden.

Übereinstimmung gibt es nach GGVöD-Angaben dar-

über, daß der Krankenstand im öffentlichen Dienst und seine Ursachen zum Gegenstand weiterer Überlegungen gemacht werden sollen. Allerdings habe man sich nicht einigen können, auf welchem Weg bei dem Krankenstand anzusetzen sei. Dabei verlangt die GGVöD in erster Line eine verbesserte Personalführung, mehr Aufstiegschancen und erweiterte Qualifikationsmöglichkeiten.

Darüber hinaus will die GGVöD die festgefahrenen Verhandlungen über flexiblere Arbeitszeiten, zur Altersteilzeit und zur leistungsbezogenen Bezahlung wieder in Gang bringen. Über weitere Einzelheiten des Gesprächs wurde Stillschweigen vereinbart.

Die Kontrahenten an einem Tisch

Lebhafte Podiumsdiskussion

Dem Steuer-Gewerkschaftstag ging am 25. Februar 1997 eine Podiumsdiskussion zum Tagungsmotto „Zurück zum sozialen Frieden durch Steuergerechtigkeit und solide Haushaltspolitik“ voraus. Unter Leitung von Klaus Kramer diskutierten Finanzsenator Ortwin Runde, DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, MdBü Ralf Mairose, CDU, MdBü Dr. Willfried Maier, GAL, der neue F.D.P.-Vorsitzende Dr. Frank-Michael Wiegand sowie die DSTG-Landesvorsitzende Helga Schulz, die zuvor in ihrer Eröffnungsrede die Ehrengäste aus den Mitgliedsverbänden der DSTG und des DBB, sowie die Spitzen der

Verwaltung, darunter Senatsdirektor Johannes Nagel und Oberfinanzpräsident Dr. Hans de la Motte willkommen geheißen hatte. Besonders begrüßte sie Dr. Bernhard Schwarz, der früher in Hamburg DSTG-Ortsverbandsvorsitzender war.

In der Diskussion wurden die Chancen für eine Steuerreform ausgelotet, wobei auch das von Gunter Ammann erarbeitete Modell eines neuen Umsatzsteuersystems zur Verhinderung von Vorsteuererschleichung sowie der Vorschlag von Helga Schulz zur Einführung der Individualbesteuerung bei der Einkommensteuer Diskussionsstoff boten.

GGVöD: Kuren dürfen Urlaub nicht schmälern

Zum Widerspruch rät die GGVöD Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes, denen der Arbeitgeber bei Kuren zwei Tage Erholungsurlaub anrechnen will. In diesem Zusammenhang weist die GGVöD darauf hin, daß die neuen Regelungen des Bundesurlaubsgesetzes, wonach von je fünf Tagen einer Rehabilitations- oder Vorsorge-

maßnahme zwei Tage auf den Erholungsurlaub angerechnet werden können, im Tarifbereich keine Anwendung finden. Im Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT und BAT-O) wird eindeutig festgelegt, daß eine Arbeitsverhinderung infolge einer Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation, die ein Träger der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung bewilligt hat, als unverschuldete Arbeitsunfähigkeit gilt. Damit werden Kuren wie eine Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung behandelt.

Arbeitsbelastung der Finanzämter steigt

Große Steuerreform hat enorme Macken

Im Bundesfinanzministerium wurden die „Petersberger Vorschläge“ zur „Steuerreform“ umgesetzt. Der Referentenentwurf eines Steuerreformgesetzes 1999 liegt vor (Umfang 287 Seiten, auch „Jumbo“ genannt). Bereits im Vorfeld hatte die DSTG darauf hingewiesen: das Reformgesetz bringe unter dem Strich keine Arbeitserleichterung für die Beschäftigten der Steuerverwaltung, sondern im Gegenteil neue Arbeitsbelastungen. „Wer steuerliche Sonderre-

Arbeitnehmer-einkommen werden stärker besteuert als andere Einkünfte

gelungen abbaut, muß auch die Steuerbefreiung nach § 3 EStG abbauen und dies bringt mehr Fälle, dies bringt mehr Arbeitslast“, so die DSTG in einem ersten Statement. Trotz einiger positiver Ansätze werde das Steuerrecht durch die Vorschläge nicht gerechter: „Es bleibt dabei, daß die Arbeitnehmereinkünfte stärker besteuert werden als die anderen Einkünfte. Die Arbeitnehmer mit Durchschnittsverdiensten werden durch den Tarif vergleichsweise gering entlastet, in der Gegenfinanzierung jedoch stark zur Kasse gebeten“.

Die DSTG hat auch vor dem begonnenen Wettlauf um einen frühestmöglichen Zeitpunkt für die Steuerreform gewarnt. Eine Steuerreform zum 1. Januar 1998 sei nur möglich, wenn die Gesetzgebung noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden könne – realistischere Weise könne davon nicht ausgegangen werden. Während alle politischen Parteien in der Zielrichtung

die gleichen Grundpositionen vertreten – Schließen von Steuerschlupflöchern, Beseitigung von Ausnahmen, niedrige Steuersätze – sei der Streit im Detail voll entbrannt. Einzelpositionen lägen teilweise so weit auseinander, daß ein Kompromiß nicht in Sicht sei.

Damit das Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen werden kann, hat die Zeitschrift „Die Woche“ vorgeschlagen, die Sommerpause ausfallen zu lassen. Ondracek hat in „Die Woche“ deutlich gemacht: „Kernproblem ist nicht der Zeitmangel für die Umwandlung der politischen Zielvorstellungen in Gesetzesform, sondern ein von Taktik und Parteikalkül dominiertes Verhalten, bei dem die für die rechtzeitige Verabschiedung eines Gesetzes notwendige frühzeitige Konsensbildung im politischen Raum auf der Strecke bleibt. Erforderlich ist nicht mehr parlamentarische Arbeitszeit, sondern parteiübergreifender steuerpolitischer Konsens. Vorschläge von Sachverständigen, wie das Steuerrecht reformierend vereinfacht werden kann, liegen seit langem vor – von der Eberhard-Kommission, die Bareis-Kommission bis hin zur Waigel-Kommission. Der steuerpolitische und steuerrechtliche Sachverstand hat seine Schulaufgaben gemacht. Gefordert ist die längst überfällige politische Entscheidung“.

Das Einkommensteuergesetz soll zum ersten Mal seit 1934 nicht nur geändert, sondern „ein neues Gesicht“ erhalten. Die Einkommensteuerparagraphen sollen neu durchnummeriert oder redaktionell überarbeitet werden. So enthält der „Jumbo“ fast 140 Paragra-

phen, das geltende Einkommensteuergesetz hingegen nur 78 Paragraphen.

Ondracek: Keine Extrawurst für Boris Becker

Was selten passiert, geschah am 11. März

1997 im „Deutschen Sportfernsehen“ in der Sendereihe „OFFENSIV STREITlive“: Vier streiten gegen einen. Die Hausdurchsuchung bei Boris Becker hatte die Gemüter entbrannt, polemisiert wurde gegen die Steuerverwaltung, insbesondere die Steuerfahndung. Zur Abwehr angetreten war DSTG-Chef Dieter Ondracek gegen Robert Lübenoff, Steuerberater Pudell („Steueroasenexperte“), Rudolph Moshammer („Münchener Couturier und Hauptstütze der Isar-Society“) sowie den Radiomoderator Rick de Lyle.

Haarsträubende Attacken gegen die Steuerfahnder mußten abgewehrt werden mit nüchternen Argumenten. Herausgestellt wurden einige Selbstverständlichkeiten: Boris Becker ist ein Steuerbürger wie jeder andere. Er muß die Regeln von Strafprozeßordnung und Abgabenordnung wie jeder andere Bürger für seine Person gelten lassen. Regelungen, die sich im Rechtsstaat bewährt haben und den Rechtsstaat gewährleisten. Einen richterlichen Durchsuchungsbefehl auf Antrag der Steuerfahndung gibt es nicht ohne triftigen Grund. Aus seiner Erfahrung als Steuerfahnder konnte Ondracek dies „offensiv“ im Streit deutlich machen – unterstützt vom Pressesprecher der OFD München, Hans Schüller.

Viele Fernsehzuschauer haben Ondracek zu einem klaren Punktsieg gratuliert.

DBB warnt vor Kahlschlag bei Renten und Versorgung

Der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat bei einer Klausursitzung am 3. und 4. März 1997 in München seine Position zu den Vorschlägen der Steuerreform-Kommission der Bundesregierung und zu den Vorschlägen der Regierungskommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ abgesteckt. Außerdem hat der Bundesvorstand Schlußfolgerungen aus dem Versorgungsbericht der Bundesregierung kritisiert. Die geplante Festschreibung des Arbeitgeberanteils zur Krankenversicherung wurde strikt abgelehnt.

In seiner Entschließung warnt der DBB-Bundesvorstand vor einer Abkehr von dem Prinzip der paritätischen Beitragsfinanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dies um so mehr, als die Festschreibung des Arbeitgeberanteils in der Krankenversicherung offensichtlich „Modellcharakter“ für entsprechende Maßnahmen in anderen sozialen Sicherungssystemen haben soll und damit auf einen sozialpolitischen Systemwechsel abziele. Nach Auffassung des DBB, so heißt es in der Entschließung, hat sich das beitragsfinanzierte und solidarisch getragene Sozialversicherungssystem historisch bewährt und großen Anteil an der jahrzehntelangen Stabilität des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland gehabt. Diese Stabilität dürfe nicht durch eine kurzsichtige, auf ideologischen Entscheidungen beruhende Politik aufs Spiel gesetzt werden, die es den Arbeitgebern gestattet, sich aus ihrer Verantwortung für den Sozialstaat zu stehlen, und gleichzeitig die sozialen Risiken privatisiert.

Starzacher im Gespräch mit der DSTG

Hessen stärkte den Außendienst

Die allgemeine Situation der Steuerverwaltung aber auch der Länderfinanzausgleich, Steuerreform, Stellenplanobergrenzen, GNOFÄ sowie die Ausstattung der Außendienste waren Themen eines mehr als zweistündigen Meinungsaustauschs am 23. Januar 1997 zwischen dem DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und dem hessischen Finanzminister Starzacher.

Seitens der Verwaltung nahmen der Personalreferent des Finanzministeriums, LMR Eberhard Döring, sowie der Referatsleiter für Organisation und Haushalt, LRD Jürgen Roßberg, an dem Gespräch teil.

Die DSTG Hessen war durch die Landesvorsitzende Anne Schauer vertreten.

Starzacher hob hervor, daß Hessen erhebliche Aktivitäten zur Verbesserung der Situation der Steuerverwaltung – insbesondere der Außendienste – unternommen habe. So werden über einen Dreijahresturnus (1996 bis 1998) 300 zusätzliche Prüfer eingesetzt. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Bekämpfung von Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität vorrangig über eine leistungsfähige Betriebsprüfung und Steuerfahndung betrieben werden kann. Natürlich sei auch der Gesetzgeber aufgefordert, hierzu die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Ob dies jedoch mit der beabsichtigten Steuerreform geschaffen werde, bleibe abzuwarten, so Starzacher.

Ondracek betonte, daß insbesondere die Schlupflöcher für Großverdiener zu schließen seien, die es ihnen ermöglichen, ihre Steuerlast gegen Null zu dezimieren.

Begrüßt wurde von den Gesprächsteilnehmern, daß die

Finanzminister Starzacher

Festlegung der Stellenplanobergrenzen auch weiterhin im Bundesbesoldungsgesetz verankert bleibe. Eine Steuerverwaltung, die Steuergesetze einheitlich anzuwenden habe, müsse den Beschäftigten auch über die Ländergrenzen hinweg einheitliche berufliche Perspektiven bieten. Beförderungsmöglichkeiten dürften dabei nicht abhängig sein von der momentanen politischen „Großwetterlage“, so Ondracek.

Starzacher dankte der DSTG noch einmal für ihr Engagement bei der Einführung der Berufsbezeichnung „Finanzwirt“ für den mittleren Dienst. Er betonte aber auch, daß die hessische Landesregierung dabei immer auf der Seite der DSTG gewesen sei. Um deutlich zu machen, welchen Stellenwert er dieser Berufsbezeichnung beimesse, werde er die ersten Zertifikate selbst überreichen.

Übereinstimmung bestand zwischen den DSTG-Vertretern und Starzacher darüber, daß das derzeitige System des Länderfinanzausgleichs gravierende Konstruktionsfehler habe.

Ondracek erläuterte die Vorstellung der DSTG zur Reform des bisherigen Modells

und bat den Minister um Unterstützung auf der politischen Ebene.

Auch die Umsetzung des gemeinsamen Ländererlasses zu GNOFÄ wurde angesprochen. Starzacher wies darauf hin, daß die Beratungen mit dem Hauptpersonalrat dazu noch nicht abgeschlossen seien. Die Grundüberlegung bei GNOFÄ sei, nicht Personal einzusparen, sondern bei bedeutenden Steuerfällen eine intensivere Bearbeitung zu ermöglichen. Da dies auch im Interesse der Beschäftigten liege, sei er sicher, daß man eine Handhabung finde, die von allen Betroffenen mitgetragen werden könne.

„Schwarz“ ist chic in Europa

Der Anteil der Schattenwirtschaft in den europäischen Volkswirtschaften beträgt zwischen 10 und mehr als 20 %. In einem vom Institut für höhere Studien in Wien veranstalteten Symposium zum Thema „Schattenwirtschaft“ hat Professor Dieter Cassel von der Universität Duisburg nachgewiesen, daß sich der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in den westlichen Industrieländern zwischen 1970 und 1994 verdoppelt habe. Für 1970 würden je nach Land 2 bis 10 % ausgewiesen, 1994 waren es laut Cassel 10 bis mehr als 20 %. Der deutsche Anteil wird für 1995 auf 13,1 % und für 1996 auf 14,5 % geschätzt.

Die DSTG-Schätzungen von 12 % werden damit deutlich überschritten und auch die Steuerausfälle, die durch Steuerkriminalität und Schattenwirtschaft entstehen (DSTG-Schätzung: 130 Milliarden DM).

Besoldungsgesetz endlich verabschiedet

Der Bundesrat hat am 14. März 1997 dem Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1996/97 zugestimmt.

Damit ist das Gesetzgebungsverfahren endgültig abgeschlossen, nachdem der Bundestag die Vorlage bereits am 20. Februar 1997 in zweiter und dritter Lesung verabschiedete.

Für die Einkommensverbesserungen, die das Anpassungsgesetz in den Jahren 1996 und 1997 vorsieht, wurden entgegen langjähriger Übung bislang keine Abschlagsauszahlungen verfügt. Die Abschläge wurden aus Gründen der Fürsorge auf lineare Besoldungserhöhungen gezahlt, um damit die Zeit zwischen dem meist rückwirkenden Inkrafttreten des Anpassungsgesetzes und dessen Verkündung zu überbrücken. Bei dem Besoldungsanpassungsgesetz 1996/97 hielt es die Bundesregierung nach eigenen Angaben angesichts der Gründe, die zur Verzögerung der Beratungen des Gesetzes geführt haben, für angemessen, jeden Anschein einer Vorwegnahme der Entscheidung des Gesetzgebers durch eine Abschlagszahlung zu vermeiden. Es ist insofern davon auszugehen, daß die erhöhten Bezüge einschließlich der Nachzahlungen erst im Mai ausbezahlt werden.

Das Gesetz sieht für 1996 lediglich eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Mark vor. Ab März 1997 werden die Bezüge um 1,3 Prozent angehoben, für Empfänger von Besoldungs- und Versorgungsbezügen der Besoldungsordnungen B, der Besoldungsgruppen C 4 sowie R 3 bis R 10 erst ab 1. Juli 1997.

GGVöD rät: Beiträge zurückfordern

Im Hinblick auf die möglicherweise verfassungswidrige Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen aus Einmalzahlungen sollten Pflichtversicherte vorsorglich einen Antrag auf Beitragsrückerstattung bei ihrer Krankenkasse stellen – diese Empfehlung gibt die GGVöD in einem aktuellen Rundschreiben. Der Antrag gilt der Rückforderung von Krankenversicherungsbeiträgen aus Einmalzahlungen im Jahr 1997

(dazu zählen Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Gratifikationen), nachdem vermutlich auch die neue gesetzliche Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben wird.

Die gesetzliche Neuregelung, derzufolge von Urlaubs- oder Weihnachtsgeld weiterhin Sozialbeiträge erhoben werden dürfen, war im vergangenen Jahr gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet worden und am 1. Januar 1997 in Kraft getreten. Diese Neuregelung war nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes notwendig geworden; die Karlsruher Richter hatten für verfas-

ungswidrig erklärt, daß Beiträge aus Einmalzahlungen bei der Zahlung von kurzfristigen Lohnersatzleistungen (wie Arbeitslosengeld oder Krankengeld) nicht leistungssteigernd berücksichtigt werden.

Gleichzeitig hatte das Bundesverfassungsgericht verfügt, daß die bisherige Gesetzeslage bis Ende 1996 bestehen bleiben dürfe und eine Neuregelung erst mit Jahresbeginn 1997 greifen müsse. Die daraufhin vom Gesetzgeber geschaffene Neuregelung wurde jedoch noch vor ihrem Inkrafttreten von Experten erneut als verfassungswidrig eingestuft. In Reaktion auf entsprechende DSTG-Anfragen haben DAK und die Hamburg Münchener Krankenkasse die automatische Rückerstattung aller Beiträge für den Fall zugesichert, daß das Bundesverfassungsgericht auch die Neuregelung verwirft.

Ein Musterschreiben, das Pflichtversicherte als Antrag auf Beitragsrückerstattung für Einmalzahlungen an ihre Krankenkasse richten können, veröffentlichen wir im Kasten.

5 000 Jahre Steuern und Zölle

Ein Führer durch die „finanzgeschichtliche Schausammlung“ der Bundesfinanzakademie in Brühl ist erschienen. Der Führer weist auf 172 Seiten den Weg durch dieses einzigartige Museum. Er ist ein zuverlässiger Ratgeber und Orientierungshelfer und kann gegen eine Schutzgebühr von 10,00 DM zzgl. Versandkosten bei der Bundesfinanzakademie in 50321 Brühl, Willy-Brandt-Straße 10, geordert werden.

Der Präsident der Bundesfinanzakademie, Horst Vogelgesang, stellt in seinem Vorwort das finanzhistorische

Engagement dieser Bildungseinrichtung heraus:

„Die Bundesfinanzakademie versteht sich als eine Pflegestätte der Geschichte des Steuer- und Zollwesens und vor allem der Finanzverwaltung. Sie ist selbst 1951 an einer Bruchlinie der deutschen Finanzgeschichte entstanden. 1945 hatte die von Reichsfinanzminister Matthias Erzberger 1919 begründete einheitliche Reichsfinanzverwaltung ihr Ende gefunden. 1949 wurden mit dem Grundgesetz zwei getrennte Finanzverwaltungen – des Bundes einerseits, der Länder andererseits – errichtet. Wie die gemeinsamen Mittelbehörden, die Oberfinanzdirektionen, soll auch die Bundesfinanzakademie als eine verbindende Klammer zwischen beiden Zweigen der Finanzverwaltung wirken.

Die Beschäftigung mit der Finanzgeschichte ist für die Bundesfinanzakademie kein Selbstzweck. Geschichte ist nichts Abgeschlossenes oder Abgestorbenes, sondern sie wirkt in unserer Gegenwart fort. Sie läßt uns die manchmal komplizierten Verhältnisse von heute besser verstehen und vermag uns Orientierung beim Blick nach vorne zu geben, so wie es der chinesische Philosoph Konfuzius bereits vor etwa 2 500 Jahren ausgedrückt hat.

„Erzähle mir die Vergangenheit, und ich werde die Zukunft erkennen.“

Neue Broschüre

Der DBB hat zu Inhalten, Zielen und Konsequenzen des Dienstrechtsreformgesetzes eine 24-seitige DIN A 4-Broschüre herausgegeben, die in Kürze den Mitgliedern über die Ortsverbände kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

– Musterschreiben (Pflichtversicherte) –

An die
Krankenkasse xy

**Antrag auf Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Einmalzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw.)
Versicherungsnummer xy**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist, hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 11. 1. 1995 – Aktenzeichen 1 BvR 892/88 – entschieden, daß die Sozialversicherungsbeitragspflicht für Urlaubs- und Weihnachtsgeld (...) verfassungswidrig ist. Auch nach dem neuen Gesetz zur sozialrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt vom 12. 12. 1996 (Bundesgesetzblatt 1996, Teil 1 Nr. 64, S. 1859) bleibt die beitragsrechtliche Behandlung der Einmalzahlungen entgegen der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts unverändert. Eine verfassungskonforme Regelung des Abzuges von Sozialversicherungsbeiträgen bei Einmalzahlungen ist damit nicht getroffen worden, folglich ist auch das neue Gesetz verfassungswidrig.

Ich stelle damit den Antrag auf Rückzahlung der für den Zeitraum xy zu Unrecht eingezogenen Beiträge.

Bitte überweisen Sie die Beiträge auf mein Konto xy.

Sollten Sie meinem Widerspruch nicht abhelfen, bitte ich um einen rechtsmittelfähigen Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen

Versicherungsnehmer xy

--	--	--

Bezirksverbandstag Westfalen:

„Sozialer Friede – gerechte Steuern“

Unter das Motto „Sozialer Friede – gerechte Steuern“ hatte der Bezirksverband Westfalen seinen 21. Bezirksverbandstag gestellt, der am 10. und 11. März 1997 in der Stadthalle in Soest (Westfalen) stattfand. Insbesondere die öffentliche Kundgebung am 10. März 1997 war geprägt von diesem Leitthema, das in Zeiten einer bedrückenden Arbeitslosigkeit besondere Aktualität gewann.

Der wiedergewählte DSTG-Bezirksvorsitzende Meinolf

Meinolf Guntermann an die Spitze gewählt

Guntermann hob die Rolle der Steuerverwaltung in einem immer schwierigeren sozialen Umfeld hervor. Sie sei immer stärkerem Druck von innen und außen ausgesetzt. Darunter leide ihre tägliche Arbeit und damit der gleichmäßige und gerechte Gesetzesvollzug.

Auch die Vollzugsdefizite in der Steuerverwaltung seien mitursächlich für die Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, in der die einen ehrlich und pünktlich ihre Steuern zahlten und die anderen sich ihren steuerlichen Pflichten entzogen. Auch dies gefährde den sozialen Frieden.

Scharf griff Guntermann den Bund der Steuerzahler an („Bund einiger Steuerzahler“), der sich zum Sprecher aller Steuerzahler mache und durch wohlfeile Attacken gegen die Betriebsprüfung dem Steuerklima Schaden zufüge. Er störe das Vertrauen der Steuerzahler in die Steuerverwaltung.

GNOFÄ-Neu, Organisationsuntersuchungen usw.

trieben Hektik in die Steuerverwaltung. Der aus der Betriebswirtschaft entlehnte Begriff „Controlling“ bedeute nichts anderes, als den seit den 70er Jahren bekannten „statistischen Druck“ zu verschleiern.

Guntermann forderte die Landesregierung von NRW zum Umdenken und zu einer aufgabenkritisch sowie differenzierten Personalpolitik auf. „Die Fehlentwicklung muß gestoppt und die Betriebsprüfung personell wesentlich gestärkt werden, um endlich Gleichmäßigkeit im Besteuerungsverfahren zwischen abhängig Beschäftigten und Betrieben herzustellen“.

In einem Stufenprogramm forderte Guntermann zunächst die Verstärkung der Betriebsprüfung um mehrere hundert Beschäftigte sowie zusätzliche Ausbildungsplätze für Beamtenanwärterinnen/anwärter zur mittelfristigen Personalverstärkung. In Nordrhein-Westfalen könnten mehrere Milliarden DM zusätzlich in die öffentlichen Haushalte fließen.

Sozialer Friede beruht auf Partnerschaft

Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Soest, Horst Bernsdorf, hieß die Delegierten willkommen. Grußworte für die Landtagsfraktionen sprachen der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Reinhold Trinius, Peter Bensmann (CDU-Fraktion) sowie Dr. Stefan Bajohr (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Trinius wies auf die enge Verflechtung des sozialen Friedens mit der sozialen Partnerschaft hin. Das gescheiterte „Bündnis für Ar-

Von rechts: der wiedergewählte Vorsitzende Meinolf Guntermann, der wiedergewählte Beisitzer Uwe Wassmann, der neugewählte Beisitzer Thomas Quast und der wiedergewählte Beisitzer Rolf Dauwe.

beit“ wäre der richtige Weg zur Stärkung des sozialen Friedens gewesen.

Die Aufgabenkritik sei zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung im Sinne eines modernen Verwaltungsmanagements besonders vordringlich, so Peter Bensmann. Bajohr warb um das Steuerkonzept der „Grünen“ (ökologische Steuerreform).

Der Oberfinanzpräsident in Münster, Jürgen Himstedt, erläuterte Organisationsmodelle und setzte sich für eine Verstärkung von Betriebsprüfung und Steuerfahndung ein. Der Vorsitzende des DBB-Landesbundes Erich Steffen kritisierte die Dienstrechtsreform, die unter dem Diktat des „Rotstiftes“ stand.

„Die Krise der Steuerverwaltung – Krise der sozialen Gerechtigkeit“ war das Thema des Hauptreferats, das der DSTG-Bundvorsitzende Dieter Ondracek hielt. Die Krise der Steuerverwaltung sei zur Krise der sozialen Gerechtigkeit geworden. Die Solidargemeinschaft sei darauf angewiesen, daß auf einer Seite in die Gemeinschaftskasse eingezahlt werde, damit andererseits soziale Absicherungen möglich würden. Wenn sich die leistungsstärksten Steuerzahler aus ihrer Zah-

lungsverpflichtung verabschiedeten, indem sie Steuern hinterzögen, Gewinne ins Ausland transferierten, ihren Wohnsitz verlagerten, habe dies zwangsläufig zur Folge, daß die soziale Absicherung in einem schleichenden Prozeß demontiert werde.

Für die Krise der sozialen Gerechtigkeit sei die Krise der Steuerverwaltung ursächlich. 130 Milliarden DM Steuern blieben pro Jahr un-

Staat verschenkt Steuern durch zu wenig Finanzpersonal

erhoben. Nicht jede Mark könne eingetrieben werden, aber Beträge in zweistelliger Milliardenhöhe, wenn die Politik endlich einsichtig werde und die Steuerverwaltung personell stärke. „Der soziale Friede in unserem Lande ist aufs Höchste gefährdet“, so Ondracek in seiner mit großem Beifall bedachten kämpferischen Rede.

Die 240 stimmberechtigten Delegierten und 31 Gastdelegierten hatten ein großes Arbeitspensum zu bewältigen:

133 Anträge über alle Felder der aktuellen Gewerkschaftsarbeit weisen den Weg für die nächsten vier Jahre berufspolitischer Arbeit.

Mit überwältigender Mehrheit (210 Stimmen von 229 abgegebenen Stimmen) wurde Meinolf Guntermann zum Vorsitzenden des größten Bezirksverbandes und des, hinter der Bayerischen Finanzgewerkschaft, zweitgrößten Mitgliedsverbandes der DSTG wiedergewählt. Ebenso beeindruckend war der Vertrauensbeweis für die neu- und wiedergewählten Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes; die Kollegin Sauer-Schnieber sowie die Kollegen Thomas Hartmann, Hans-Jürgen Schnieber, Horst-Helge Rosin, Friedhelm Thomas und Heinz Katerkamp.

Geborene Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sind der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Helmut Overbeck und die Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Vera Dietrich.

Zu Ehrenvorsitzenden wurden einstimmig Paul Friepörtner und der frühere Landes- und Bezirksvorsitzende der DSTG Heinz-Jürgen Kallmeyer gewählt.

Der Bezirksverband beschloß eine Satzungsänderung, die über die üblichen Satzungsänderungen hinaus geht.

Über sie wird der Bezirksverband präziser, geographisch und landsmannschaftlich eingeordnet: er

mutierte vom Bezirksverband Westfalen zum Bezirksverband Westfalen-Lippe.

Paul Friepörtner „gab die Kasse ab“

Im Rahmen eines Empfangs im Hotel Delecke in Soest am Möhnesee verabschiedete sich der Bezirksverband Westfalen-Lippe von seinem langjährigen Schatzmeister Paul Friepörtner, der insgesamt 25 Jahre im geschäftsführenden Vorstand des Bezirksverbandes war und ein Stück Geschichte des Bezirksverbandes mitgeschrieben hat.

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Meinolf Guntermann, würdigte Friepörtner als unbeirrten und engagierten Streiter für seine Kolleginnen und Kollegen – als vorbildlichen und kreativen Schatzmeister.

In Vertretung des DSTG-Bundesvorsitzenden würdigte der stellvertretende Bundesvorsitzende Helmut Overbeck die gewerkschaftliche Vita von Friepörtner.

Für die DSTG-Bundesgeschäftsstelle verabschiedeten sich Bundesgeschäftsführer Paul Courth und Tarifreferent Heinz Gewehr von ihrem langjährigen Mitstreiter Paul Friepörtner.

Festschrift für Professor Ritter zum 70.

Professor Wolfgang Ritter, Vorsitzender des Steuerausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für internationales Steuerrecht wurde am 20. Januar 1997 70 Jahre alt. Im Gesellschaftshaus der BASF in Ludwigshafen wurde ihm eine Festschrift überreicht mit einem grundlegenden Beitrag des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek „zum Gleichmaß der Besteuerung“. Beleuchtet werden die Anforderungen an den gleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze durch die Beschäftigten der Steuerverwaltung. Offen gelegt werden die Defizite bei der Anwendung der Steuernormen. Gehegt werden Zweifel an der Verfassungskonformität der Besteuerungspraxis.

Ritter war Leiter des Zentralbereichs „Recht und Steuern“ der BASF und zuvor Ministerialrat in der Steuerabteilung des Bundesfinanzministeriums. Dort war er zuständig für Außensteuerrecht. In dieser Zeit war Ritter Vorsitzender des DSTG-Betriebsverbandes Bundesfinanzministerium.

In dem Beitrag von Ondracek heißt es:

„Des Staates höchstes Gut ist die Gerechtigkeit, und gerecht ist, was dem Gemeinwesen frommt. Das Gerechte aber muß für alle etwas Gleiches sein“, so hat Aristoteles das gleiche Maß an Gütern und Lasten, das dem Einzelnen zugewiesen wird, mit der Gerechtigkeit gleichgesetzt. Friedrich I. von Preußen hat die Gerechtigkeit modifiziert: nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine (suum cuique).

Unser Steuersystem erhebt den hehren Anspruch, in

diesem Sinne Gerechtigkeit zu üben. Wolfgang Ritter hat gespürt, daß sich zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine tiefe Kluft auftut. Mit großem, ja leidenschaftlichem Engagement hat er dafür gestritten, daß im Steuerrecht dieses Gerechtigkeitspostulat verwirklicht wird – an der Nahtstelle zwischen Rechts- und Steuerpolitik, Praxis und Wissenschaft.

Wolfgang Ritter hat die Steuergesetzgebung und den Gesetzesvollzug als eine organische Einheit begriffen. Nur beides zusammen gewährleistet das ‚Gleichmaß der Besteuerung‘, das Wolfgang Ritter unter vielen Aspekten betrachtet hat: aus der Sicht des Finanzbeamten, aus der Sicht des Unternehmers, aber auch, und dies darf nicht vergessen werden, aus der Sicht des Gewerkschafters.

Als Angehöriger der Steuerabteilung des BMF war er Vorsitzender des Bezirksverbandes Bundesfinanzministerium der DSTG und damit Mitglied des Bundesvorstandes. Mit geschliffener Rhetorik konnte er seine Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Ritter war sich stets bewußt, daß das Gleichmaß der Besteuerung auch über einen gleichmäßigen Gesetzesvollzug gewährt werden muß.“

Meinolf Guntermann, Helmut Overbeck, Paul Friepörtner

Demo vor dem Mainzer Landtag

Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten junge Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte am 29. Januar 1997 vor dem Landtag in Mainz.

Mit dieser Aktion forderten die rund 400 Teilnehmer aus allen rheinland-pfälzischen Finanzämtern die Abgeordneten auf, mit dem zur Beschlussfassung anstehenden Landeshaushalt die Übernahme aller 190 Beamtenanwärterinnen und -anwärter in das Beamtenverhältnis auf Probe sicherzustellen. Nach ersten Berechnungen der Oberfinanzdirektion Koblenz sollen zur Einsparung

von Personalkosten mehr als die Hälfte der Auszubildenden nach bestandener Laufbahnprüfung nicht weiterbeschäftigt werden. „Hier wird am falschen Ende gespart“, sind der Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Detlev Stoltz und die Landesjugendleiterin Claudia Busch empört.

Anstatt die bedarfsgerecht eingestellten Beamtinnen und Beamten in den Finanzämtern einzusetzen, wo sie dringend gebraucht würden und sich mehr als bezahlt machten, entlasse man sie in die Sozialhilfe. Als Beamtenanwärter hätten sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Von der Landesregierung fühlen sich die jungen Menschen getäuscht.

Bei Anruf Steuerfahndung

In der „Die Welt“ wurde darüber berichtet, daß in Italien eine Hotline für Steuerhinterziehung eingerichtet worden sei. Wer die Nummer wählt, kann Geschäfte, Restaurants oder Dienstleister anzeigen, die keine ordnungsgemäße Rechnung aushändigen. Auch Immobilienbesitzern, die ihre Wohnungen und Häuser am Fiskus vorbei vermieten, wollen die Ermittler so auf die Spur kommen. Jeder Bürger kann seinen Verdacht äußern. Die Anrufe sind unentgeltlich, allerdings muß der Anrufer seinen Namen und seine Anschrift nennen.

Die Hotline ist inzwischen auf Kritik in der Öffentlichkeit gestoßen. So warnte der „Osservatore Romano“ davor, die Italiener könnten ein Volk von Denunzianten werden. Auch Finanzminister Vincenzo Visco versprach, die Nummer sofort wieder abzuschaffen, wenn mit den Telefonaten „öffentlich zur Hexenjagd aufgerufen werde“.

Steuerhinterziehung ist eines der größten Probleme in Italien. Geschätzt wird, daß Einnahmen in Höhe von umgerechnet 230 Milliarden DM jährlich an der Steuer vorbeigeschleust werden.

*Ortsverbände Lauterbach und Nidda***Tauschcke**

StAF aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Düsseldorf.

StHS'in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht dringend Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover), Finanzämter Norden, Aurich, Emden.

StS aus dem Bereich der OFD Düsseldorf sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Koblenz (Finanzämter Bitburg, Prüm, Wittlich oder Trier).

StI aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz) sucht Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFD Freiburg).

StI'in aus Niedersachsen (FA Göttingen/OFD Hanno-

ver) sucht seit einem Jahr Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD München/Nürnberg (vorzugsweise FA München und nähere Umgebung).

StOI'in aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen (möglichst OFDen Düsseldorf oder Köln).

StOI'in aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) sucht dringend Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFD Kiel oder Hamburg.

StS aus dem OFD-Bereich Karlsruhe (FA Schwetzingen) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem OFD-Bereich Erfurt (vorzugsweise FA Erfurt und umliegende Finanzämter).

Ortsverbände im DSTG-Haus

DSTG-Ortsverbände machen immer stärker von der Einladung der Bundesleitung Gebrauch, im Rahmen eines Bonn-Besuches, etwa auf Einladung des jeweiligen Wahlkreisabgeordneten, auch das DSTG-Haus zu besuchen und sich dort vor Ort über die aktuelle berufspolitische Arbeit zu informieren. So besuchten am 13. März 1997 der Ortsverband Idar-Oberstein (Landesverband Rheinland-Pfalz) und am 20. März 1997 die Ortsverbände Nidda und Lauterbach (Landesverband Hessen), an der Spitze die Ortsvorsitzenden, Kollegen Bussmann (Idar-Oberstein) sowie Schäfer (Lauterbach) und Leinberger (Nidda) die DSTG-Zentrale in Bonn.

Kollege Paul Courth informierte die Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit in einem immer schwierigeren politischen Umfeld.

Ortsverband Idar-Oberstein

